



Prof. Dr. Christoph M. Schmidt/Uwe Neumann

Strukturwandel und ökonomische Entwicklungsperspektiven des Ruhrgebiets – Ursachen und Folgen des demographischen Wandels

Als Vorläufer der zu erwartenden gesamtdeutschen Entwicklungen ist das Ruhrgebiet ein „Laboratorium“ des demographischen Wandels. Nicht zuletzt durch die seit langer Zeit anhaltende Abwanderung von Erwerbstätigen und ihren Familien ist das Ruhrgebiet vergleichsweise schnell „gealtert“. Die Bevölkerungsverluste werden zu erheblichen Nachfragerückgängen und zu Einbußen der kommunalen Finanzausstattung führen, die die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit des Ruhrgebiets weiter verschlechtern könnten. Zu befürchten ist außerdem, dass sich in der kommenden „Schrumpfungphase“ die bereits vorhandenen sozioökonomischen Ungleichgewichte innerhalb der Region verstärken werden. Der Beitrag beleuchtet die spezifischen Hintergründe des demographischen Wandels in der Ruhrregion. Analysiert werden die Wirkungszusammenhänge zwischen den zu erwartenden Segregationsprozessen, der Innovationsfähigkeit und dem regionalen Wirtschaftswachstum der Region.

Die große demographische Herausforderung

Die politische und wirtschaftliche Integration der europäischen Gesellschaft wird im 21. Jahrhundert unausweichlich vor dem Hintergrund eines umfassenden demographischen Wandels verlaufen. Kontinuierlich steigende Lebenserwartung und eine auf niedrigem Niveau eingespielte Geburtenrate bedingen in ihrem Zusammenspiel einen unaufhaltsamen Prozess durchgreifender Altersstrukturverschiebungen. Auch wenn geburtenstarke Jahrgänge und Zuwanderung diesen Prozess in der jüngeren Vergangenheit überlagert haben, dominiert mittlerweile eindeutig die Tendenz zur Bevölkerungsalterung, einhergehend mit einer deutlichen Bevölkerungsschrumpfung.

Diese Tendenz wird sich aller Voraussicht nach noch weiter festigen, denn demographische Prozesse lassen sich schwerlich aufhalten oder gar rasch umdrehen. Im Gegenteil, eigentlich wissen wir jetzt schon relativ genau, wie die Altersstruktur der deutschen Bevölkerung in ein paar Jahrzehnten aussehen wird, denn – ungeachtet zukünftiger Entwicklungen in der Zuwanderungspolitik und -intensität – die meisten unserer Mitbürger

der Jahre 2030 oder 2040 sind bereits auf der Welt und im Lande. Umso bemerkenswerter ist es, dass diese Entwicklung in der Öffentlichkeit wie auch der Politik gerade erst so richtig entdeckt zu werden scheint. Dabei liegen nicht nur die Ursachen recht weit in der Vergangenheit – insbesondere der Geburteneinbruch in den siebziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts, sondern wir können auch schon lange die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Folgen des Alterungs- und Schrumpfungsprozesses absehen.

Leider ist, obwohl sich der demographische Wandel der nächsten Jahrzehnte in keinem Falle mehr aufhalten lässt, die Ordnung unserer Wirtschaft auf diese Veränderungen nicht hinreichend vorbereitet. Unsere Institutionen – am Arbeitsmarkt, bei den sozialen Sicherungssystemen, auf unseren Gütermärkten – sind zu sehr darauf ausgerichtet, das vermeintlich Bewährte zu erhalten, statt sich auf neue demographische Gegebenheiten organisch, also ohne tief greifende Reformen, einzustellen. Dies gilt nicht nur für die mit dem Alter typischerweise eng verwobenen Sicherungssysteme. Daher sind gesamtwirtschaftlich grundlegende Reformen unabdingbar. Vor allem muss die Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme durchgreifend verändert und am Arbeitsmarkt dem Zusammenspiel von Angebot und Nachfrage mehr Raum gegeben werden. Angesichts der starken regionalen Disparitäten des demographischen Wandels steht allerdings nicht nur die nationale, sondern auch die regionale Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik in der Pflicht.

Der demographische Wandel aus regionaler Sicht: das Ruhrgebiet

Dieser durchgreifende demographische Wandel wird in den kommenden Jahrzehnten keineswegs in allen Regionen im gleichen Umfang zu Bevölkerungsrückgängen und Veränderungen der Bevölkerungsstruktur führen. So wird insbesondere in den Neuen Bundesländern die wirtschaftliche Erneuerung durch hohe Bevölkerungsverluste zusätzlich erschwert. Auch das Ruhrgebiet ist nicht zuletzt durch die seit langer Zeit anhaltende Abwanderung von Erwerbstätigen und ihren Familien bereits vergleichsweise stark „gealtert“ und läuft dadurch tendenziell der gesamtdeutschen demographischen Entwicklung um etwa 25 Jahre voraus. Auch innerhalb des Ruhrgebiets gibt es starke



demographische Disparitäten. Aus historischer Perspektive führte der siedlungsräumliche Ausbau im Zuge der montanindustriellen Entwicklung zur Bildung erheblicher sozioökonomischer Ungleichgewichte innerhalb des Ruhrgebiets, die nicht nur heute noch sichtbar sind, sondern drohen, sich in der kommenden „Schrumpfungphase“ noch weiter zu verstärken.

Diese demographischen Entwicklungen stellen einige Teile des Ruhrgebiets vor zusätzliche Herausforderungen, über die ohnehin drängenden wirtschaftlichen Probleme der Region hinaus. Insgesamt wird dem Ruhrgebiet ein Bevölkerungsrückgang um fast 300.000 Einwohner bzw. 5,5 Prozent gegenüber 2002 prognostiziert. Dies wird vor Ort zu erheblichen Nachfragerückgängen und zu Einbußen der kommunalen Finanzausstattung führen, die die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit des Ruhrgebiets weiter verschlechtern könnten.¹ Zwar haben bis 2020 auch die wirtschaftlich erfolgreicher Städte Düsseldorf und Köln bereits mit Bevölkerungsrückgängen von 5,3 Prozent bzw. 2,5 Prozent zu rechnen. Im Vergleich zu den Prognosen für mehrere Ruhrgebietsstädte, z. B. Essen mit einem Rückgang von 10,8 Prozent, Duisburg mit 10,2 Prozent und Gelsenkirchen mit 13,2 Prozent, wird der beginnende Schrumpfungsprozess in diesen Städten aber noch relativ moderat verlaufen.

Eine wichtige Folge des demographischen Wandels auf kommunaler Ebene ist das wachsende Ungleichgewicht zwischen der Bevölkerungsstruktur und der bereitgestellten Infrastruktur. Von Loeffelholz und Rappen (2002) argumentieren z. B., dass das „Ausdünnen“ des Bevölkerungsbestands in einer schrumpfenden Stadt voraussichtlich nicht zu einer grundlegenden Änderung der Siedlungsstruktur führen dürfte.² Angesichts weiter steigender Wohnflächenbedarfe und Haushaltszahlen ist in näherer Zukunft auch kein umfangreicher Rückbau von Infrastrukturen oder Bausubstanz zu erwarten. Gerade im Ruhrgebiet ist im Vergleich zu anderen Stadtregionen eher noch ein Nachholbedarf in Bezug auf die Wohnraumausstattung zu verzeichnen. So ist die Wohnfläche pro Kopf im Ruhrgebiet mit 36,9 qm noch niedriger als in den anderen kreisfreien Städten in NRW (38,4 qm) bzw. in NRW insgesamt (38,7 qm).

Natürliche Bevölkerungsbewegungen und regionale Migration

Ursache für den dramatischen Einwohnerschwund des Ruhrgebiets sind sowohl Wanderungsverluste als auch eine infolge bereits lang anhaltender Abwanderungsprozesse ungünstige Altersstruktur. Von den Kreisen und kreisfreien Städten in NRW haben nach der aktuellen Prognose bis 2020 nur noch die Landkreise Borken, Gütersloh und Paderborn Geburtenüber-

schüsse zu erwarten. Mit Ausnahme dieser Kreise werden zukünftige Zunahmen des Bevölkerungsbestands in NRW allein auf Wanderungsgewinne zurückzuführen sein. Während in Düsseldorf und Köln bei ausgeglichener Wanderungsbilanz Bevölkerungsrückgänge durch Geburtendefizite zu erwarten sind, müssen die meisten Ruhrgebietsstädte mit Wanderungsverlusten und Geburtendefiziten rechnen. Vor allem das südliche Ruhrgebiet wird von einem „Nachwuchsmangel“ betroffen, der hier zur besonders raschen Abnahme der Bevölkerung führt. So wird Mülheim/Ruhr bis 2020 voraussichtlich Wanderungsgewinne verbuchen, auf Grund des Geburtendefizits bzw. Sterbefallüberschusses aber etwa neun Prozent seines Einwohnerbestands verlieren.

Das Ruhrgebiet weist infolge der anhaltenden Abwanderung von Erwerbspersonen eine für Großstädte untypische Altersstruktur auf: Hier sind nicht nur wie in anderen Großstädten allein die Kinder und Jugendlichen, sondern alle Altersjahrgänge bis 42 Jahre unterrepräsentiert. Dem Ruhrgebiet fehlt es somit auf Grund seiner wirtschaftlichen Probleme an der für die Wettbewerbsfähigkeit wichtigen Basis von jüngeren Erwerbspersonen. Die Altersjahrgänge von 60 bis 80 Jahren sind im Ruhrgebiet dagegen im Vergleich zu NRW insgesamt überdurchschnittlich besetzt. Gerade der Bestand an Erwerbspersonen wird im Ruhrgebiet voraussichtlich weiterhin überproportional abnehmen: Der Anteil der Altersgruppe im erwerbsfähigen Alter von 19 bis 60 Jahren wird den Prognosen zufolge bis 2015 im Vergleich zu 1998 um mehr als sieben Prozent zurückgehen, gegenüber einem Rückgang von zwei Prozent in NRW. Ein vergleichbarer Einbruch der Erwerbsfähigenbasis wird in Deutschland insgesamt erst nach 2022 erwartet. Der Anteil der über 60-Jährigen wird im Ruhrgebiet wie in NRW und in Deutschland insgesamt weiter ansteigen, da starke Alterskohorten in diesen Altersbereich aufrücken. In Teilen des Ruhrgebiets wird nach 2020 eher als in NRW und im Bundesgebiet wieder sterbebedingt der Anteil der über 60-Jährigen abnehmen und damit ein verstärkter Einbruch des Bevölkerungsbestandes stattfinden.

Durch den Zuzug einkommensstarker, junger Erwerbstätiger in ausgewählte Innenstadtgebiete kommt es verstärkt zu einem Reurbanisierungsprozess, der allerdings auf einzelne Stadtviertel beschränkt ist. In den Randlagen der Kernstädte haben die 30- bis 40-Jährigen offenbar die Familie als „Lebensstil“ gewählt. Gerade die Unterschiede zwischen dem Migrationsverhalten der jungen und reiferen Erwachsenen sind für die Bildung innerstädtischer Differenzierungen verantwortlich. Eltern sind im Ruhrgebiet in einkommensstärkeren Familien in der Regel über 30, in den ärmeren Familien unter 30 Jahre alt. Die Wohnortwahl der ökonomisch aktiveren 30 bis 40-jährigen Eltern ist wie erläutert eher lebensstilorientiert – man leistet sich einen attraktiven Standort im äußeren Bereich der Kernstädte oder in der Ballungsrandzone. Die unter 30-jährige Elterngeneration, in der die ausländischen Eltern stark vertreten sind, wählt dagegen sehr häufig preisgünstigen Wohnraum in weniger attraktiven Stadtteilen der Kernstädte. Stadtregionen sind demnach durch altersspezi-

¹ von Loeffelholz, H.D. und H. Rappen (2002), Bevölkerungsentwicklung und Kommunalfinanzen im Ruhrgebiet. Demographischer Wandel im Ruhrgebiet. Essen: Projekt Ruhr.

² Ebd.



fische interne Wanderungsbewegungen gekennzeichnet, die eng mit der Siedlungsstruktur zusammenhängen.³

Aus der Sicht der ökonomischen Migrationsforschung sind diese Wanderungsbewegungen ein Resultat der als Ausgangszustand vorliegenden siedlungsstrukturellen und sozialräumlichen Differenzierungen einerseits und der rationalen Wanderungsentscheidungen von Individuen und Familien andererseits. Diese treffen ihre Entscheidung unter Unsicherheit, da Glück nicht planbar ist und Wanderungen grundsätzlich mit hohen direkten und indirekten Kosten verbunden sind. Nichtsdestoweniger ist Migration aus individueller Sicht nichts anderes als eine Investitionsentscheidung, bei der es letztendlich auf den Gegenwartswert aller relevanten Einkommens- und Kostenströme ankommt. Daher verwundert es nicht, dass die Altersstruktur der Wanderung typischerweise von jungen Erwachsenen dominiert wird – junge Erwachsene und Familien wandern in eine andere Region, um dort bessere Lebensverhältnisse zu finden. Regionen, die durch Wanderung an Bevölkerung verlieren, büßen dabei gerade junge Mitbürger, Arbeitnehmer und Konsumenten ein.

Die zentrale, im Augenblick jedoch ungelöste Frage der ökonomischen Migrationsforschung ist, ob es in diesem Prozess eingebaute Stabilisatoren gibt oder wir mit einer sich selbst verstärkenden Abwärtsspirale rechnen müssen, wenn eine Region in eine Phase der Abwanderung eingetreten ist. Vieles spricht für die Stabilität der Prozesse – verliert eine Region an Bevölkerung, so geht damit nicht nur ein Rückgang der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit einher, sondern es verändern sich auch die Lebenshaltungskosten und die Preise für Wohnraum, so dass die Attraktivitätsnachteile, welche die Abwanderung ursprünglich mit ausgelöst haben, wiederum konterkariert werden. Andererseits werden sich im gesamtgesellschaftlichen Gleichgewicht wohl immer Disparitäten in der Bevölkerungsdichte, der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und der nichtwirtschaftlichen Attraktivität der Regionen ergeben. Schließlich zeigen sich am Beispiel des Ruhrgebiets kaum Deglomerationsvorteile.

Zum augenblicklichen Zeitpunkt ist es sehr schwer, zu diesen Zusammenhängen belastbare Evidenz zusammenzutragen, nicht zuletzt, da die Raumplanung in Deutschland der Prämisse folgt, für regional gleiche Lebensverhältnisse sorgen zu müssen und daher von jeher stark in diese Prozesse eingegriffen hat. Aus dieser Perspektive sind die vorliegenden Prognosen auf regionaler Ebene sicherlich mit großer Vorsicht zu interpretieren. Wir kennen zwar den demographischen Ausgangszustand und dessen jüngste Entwicklungen und können zukünftige demographische Parameter wie die altersspezifischen Geburten- und Mortalitätsraten recht genau vorhersagen, aber die mit der Demographie eng verwobenen ökonomischen Entwicklungen müssten für sehr präzise Prognosen gleichermaßen berücksichtigt werden. Wanderungsprognosen auf Kreisebene – die in der Re-

gel diese komplexen Zusammenhänge nicht wiedergeben – sind demnach mit zunehmendem Horizont mehr und mehr als heroisch einzustufen.

Segregationsprozesse, Innovationsfähigkeit und regionales Wirtschaftswachstum

Ungeachtet der Unsicherheiten bei der Vorhersage der demographischen Strukturen auf regionaler Ebene, können wir bereits heute sehr viel aus der differenzierten Betrachtung der regionalen Ausgangssituation über die Auswirkungen lernen, die zunehmende regionale Disparitäten in der Zukunft auslösen könnten. So entstand die Siedlungsstruktur des Ruhrgebiets im Zusammenhang mit der Ausbreitung der industriellen Kulturlandschaft. Die phasenhafte Nordwanderung des Bergbaus führte zur Herausbildung einer zonalen Gliederung, die bis heute die Siedlungsstruktur des Ruhrgebiets prägt.⁴ Mit dem Übergang vom Stollen- zum Tiefbergbau begann um 1840 die Wanderung des Ruhrbergbaus nach Norden, zunächst vom Ruhrtal in den Bereich der vorindustriellen Städte entlang der mittelalterlichen Handelsstraße des Hellwegs. Ende des 19. Jahrhunderts dehnte sich die montanindustrielle Entwicklung in den Raum beiderseits der Emscher aus, dem im Gegensatz zur Hellwegzone städtische Siedlungen völlig fehlten. Die Besiedlung erfolgte ohne städtische Entwicklungsplanung im Umfeld der Großzechen, Eisen- und Stahlwerke.

Im Gegensatz zu den Hellwegstädten existierte hier keine an der Entwicklung städtischen Lebens interessierte Bürgerschaft. Der nördliche Teil des Ruhrgebiets, d. h. der nördlich der Innenstädte von Duisburg, Mülheim, Essen und Dortmund bzw. nördlich der A40 gelegene Bereich, ist daher in seiner Siedlungs- und Bevölkerungsstruktur sehr viel stärker als der zentrale und südliche Bereich mit der montanindustriellen Entwicklung verknüpft. Bis heute trennt die Siedlungsgeschichte des Ruhrgebiets die Entwicklungsperspektiven seiner Teilregionen. Im Norden des Ruhrgebiets wirkt sich der Arbeitsplatzabbau im Montansektor mehr als in anderen Teilen der Region direkt auf die Beschäftigungssituation der örtlichen Wohnbevölkerung aus. Der Anteil von Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern ist hier überdurchschnittlich hoch. Vor allem sind arme – deutsche und ausländische – Familien in diesen Stadtgebieten überrepräsentiert. Man kann sagen, dass sich das Ruhrgebiet in einen „jüngeren“, ärmeren Norden und einen reicheren, aber „alternden“ Süden trennt.

Diese Bestandsaufnahme lotet bereits die grundlegenden ökonomischen Konsequenzen des demographischen Wandels aus. Verschiebungen in der Altersstruktur bewirken eine Veränderung von relativen Knappheiten auf Arbeits- und Gütermärkten, gedämpft oder gar verstärkt durch Anpassungsreaktionen im Ver-

³ Siehe u. a. Blotevogel, H.H. und M. Jeschke (2003), Stadt-Umland-Wanderungen im Ruhrgebiet. Abschlussbericht zum Forschungsbericht, gefördert durch den Kommunalverband Ruhrgebiet. Duisburg: Institut für Geographie.

⁴ Wehling, H.-W. (2003), Industrielles Städtetz Ruhrgebiet. Entwicklungsachsen und voraussehbare Perspektiven der Region. Stadtforschung und Statistik 2/03: 57-65.



halten der Individuen und Familien. Diese Entwicklungen haben Auswirkungen auf alle Bereiche des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens, z. B. auf die Innovationsfähigkeit der Unternehmen, auf die Intensität, mit der Neugründungen von Firmen entstehen, auf die Gemeindefinanzen und auf das ökonomische Wachstum. Von herausragender Bedeutung sind die Effekte auf die Lohn- und Einkommensstruktur und die Lebensverhältnisse der von diesen Änderungen Betroffenen. So werden ältere Arbeitnehmer in einer schrumpfenden und alternden Gesellschaft eher nicht in der Lage sein, ihren Einkommensvorsprung vor den Jüngeren im gewohnten Maße zu erhalten. Gleichzeitig wird die Ausstattung mit produktiver Kapazität – und damit eine zeitgerechte Ausbildung – für alle Arbeitnehmer eine immer größere Rolle spielen.

Diese Zusammenhänge könnten durchaus zu einer verstärkten räumlichen Segregation unterschiedlich prosperierender Bevölkerungsgruppen führen. Das Ruhrgebiet – als Vorläufer der gesamtdeutschen Entwicklungen eine Art Laboratorium des demographischen Wandels – weist im Gegensatz zu anderen deutschen Stadtregionen eine sehr deutliche Ausländersegregation auf. Im Gegensatz zum Ruhrgebiet ist der Ausländeranteil in anderen deutschen Großstädten kein eindeutiger sozio-ökonomischer Indikator. In anderen Regionen sind die „Ausländer“ in der Regel eine heterogenere Gruppe als im Ruhrgebiet: Im Ruhrgebiet sind 57 Prozent der Ausländer Staatsangehörige der Türkei bzw. des ehemaligen Jugoslawiens. In Köln entfallen auf diese Gruppen 47 Prozent der Ausländer, in Düsseldorf nur 28 Prozent. Die räumliche Ballung von einkommensschwachen Familien, sozialen Randgruppen und Ausländern ist dagegen eine Besonderheit des nördlichen Ruhrgebiets, die mit den wirtschaftlichen Anpassungsschwierigkeiten dieser Teilregion in engem Zusammenhang steht.⁵

Insgesamt sind Prozesse, die zur räumlichen Ballung von Zuwanderern führen könnten, auf Grund der Erfahrungen im nördlichen Ruhrgebiet als sehr problematisch zu bewerten. Sollte man also versuchen, die demographische Alterung des Ruhrgebiets durch „Anwerbung“ gering qualifizierter Zuwanderer mit geringen Arbeitsmarktchancen zu lösen, so erfordert die Abwendung der sozialen Spannungen erhebliche Investitionen in Ausbildung und Integration der Immigranten. Benötigt werden jüngere Erwerbspersonen (bis etwa 40 Jahre) mit abgeschlossener Schul- und Berufsausbildung, deutschen Sprachkenntnissen und Integrationsbereitschaft. Erwünscht ist vor allem eine dauerhafte Einwanderung, insbesondere der Zuzug von Ehegatten bzw. Lebenspartnern und Kindern. Neben der Anwerbung neuer qualifizierter Zuwanderer müssen die bereits bestehenden Integrationsprobleme gelöst werden. Hier ist vor allem die Bildungspolitik bis in den Kindergartenbereich gefragt.⁶

Handlungsmöglichkeiten der Politik

Günstige gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen sind sicherlich auch aus der Perspektive einer einzelnen, strukturschwachen Region die wichtigsten Voraussetzungen für wirtschaftliche Prosperität. Letztendlich können Regionen nur aus privatwirtschaftlicher Initiative heraus prosperieren. Die regionale Wirtschaftsförderung kann nur in begrenztem Maße in die richtige Richtung – d. h. die Förderung selbsttragender Wirtschaftsregionen – wirken, wobei vor allem Beiträge zu Infrastruktur wichtig sind. Dazu zählt die materielle Infrastruktur, also die Infrastruktur im Verkehrs-, Kommunikations- und im Bildungs- und Forschungsbereich und im Gesundheitswesen, die der Altersstruktur angepasst werden sollte. Dabei stehen aus unserer Sicht die Verfügbarkeit exzellenter Forschungseinrichtungen als unabdingbare Voraussetzung für Innovationscluster und herausragender Bildungseinrichtungen zur Bereitstellung eines umfassenden Reservoirs an hoch ausgebildeten Arbeitnehmern an vorderster Stelle.

Hinzu treten Bemühungen um eine exzellente institutionelle Infrastruktur, u. a. durch den Abbau bürokratischer Hemmnisse bei der Entfaltung privatwirtschaftlicher Initiative als regionalem Wettbewerbsinstrument, und um eine herausragende personelle Infrastruktur, um die Attraktivität der Region für junge Familien zu steigern. Die ökonomische Migrationsforschung hat dabei herausgearbeitet, dass die Zukunftsaussichten für ihre Kinder für junge, wanderungsbereite Familien von hoher Bedeutung sind. Darüber hinaus erwarten nichtdeutsche Zuwanderer eine tolerante und integrative Gesellschaft vor Ort – auch damit kann eine Region im Standortwettbewerb entscheidende Vorteile erringen oder ohne hinreichende Integrationsfähigkeit in diesem Wettbewerb zurückbleiben.

Prof. Dr. Christoph M. Schmidt

Präsident des Rheinisch-Westfälischen Institutes
für Wirtschaftsforschung e.V., Essen

Uwe Neumann

Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Rheinisch-Westfälischen
Institut für Wirtschaftsforschung e.V., Essen

⁵ Neumann, U. (2004), Demographische und ökonomische Segregationsprozesse – dargestellt am Beispiel der Rhein-Ruhr-Region (in Vorbereitung).

⁶ Schmidt, Ch. M. (2002), Sozialstaat und Migration – Empirische Evidenz und wirtschaftspolitische Implikationen für Deutschland (2002), Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung 71: 173-186.